

Zürich

Tages-Anzeiger vom 01.12.2003

Nein zu allen drei Kirchenvorlagen

Die Anerkennung von neuen Religionsgemeinschaften hatte gestern keine Chance. Das Volk hat alle drei Kirchenvorlagen abgelehnt, das Anerkennungsgesetz gar mit 64 Prozent Nein.

Von Ruedi Baumann

Enttäuschung, Frust, aber auch unverhohlene Freude bei Befürwortern und Gegnern einer Trennung von Kirche und Staat, die sich einen heftigen und sehr emotionalen Wahlkampf geliefert haben. «Ich habe schon erfreulichere Wochenenden erlebt», gab Justizdirektor Markus Notter zu, der Vater der drei Kirchenvorlagen. Die SVP sprach prompt von einer «persönlichen Niederlage» für Notter. Das Kirchengesetz kam auf 45,8 Prozent Ja-Stimmen, die Verfassungsänderung zur Neuregelung des Verhältnisses von Kirche und Staat auf 45 Prozent und das am heftigsten umstrittene Anerkennungsgesetz gar nur auf 36 Prozent Ja-Stimmen. Der Slogan der Gegner, allen voran der SVP, «kein Geld für Koranschulen», hat offensichtlich gewirkt.

Die sechsjährige Arbeit von Regierung und den drei Landeskirchen sei klar gescheitert, sagte Markus Notter. Die «einseitige und undifferenzierte Abstimmungskampagne der Gegner» habe die Differenziertheit des dreiteiligen Abstimmungspaketes nicht zum Ausdruck gebracht. Nach Ansicht von Notter soll nun in der laufenden Verfassungsrevision die Grundlage für ein neues Kirchengesetz geschaffen werden. «Die Anerkennung von weiteren Religionsgemeinschaften ist im Moment allerdings tabu», betonte Notter. Etwas Positives habe die intensive Zusammenarbeit zwischen Kirchen und Staat seit der Ablehnung der ersten Trennungsvorlage von 1995 aber trotzdem: «Wir haben gegenseitig die Grundlage geschaffen, damit es doch noch eine Lösung geben kann.»

SVP kommt heute mit Motion

Die SVP will nach ihrem Abstimmungssieg schon heute nachdoppeln und im Kantonsrat mit einer Motion die Abschaffung der Kirchensteuern für juristische Personen verlangen. Laut SVP-Nationalrat Ulrich Schlüer, Kopräsident des Nein-Komitees, zeigt das klare Ergebnis, dass die Stimmberechtigten ihre «Entmündigung und Entmachtung» nicht goutiert hätten. Mit dem Ansinnen, neue Religionsgemeinschaften künftig per Regierungsbeschluss und ohne Volksabstimmung anzuerkennen, sei der Regierungsrat offensichtlich «völlig neben den Schuhen gestanden», sagte Schlüer. In der SVP plane man keine weitere Trennungsinitiative.

Ähnlich tönt es von Andreas Honegger, ehemaligem FDP-Kantonsrat und einem der Wortführer der 95er-Trennungsinitiative. «Die heutige Verflechtung von Kirche und Staat ist ein Anachronismus, der ganz von selbst verschwinden wird.» Die Kirchen müssten deshalb alles Interesse daran haben, sich selbst über eine Entflechtung Gedanken zu machen. «Sonst verlieren die Kirchen sämtliche Privilegien.»

Die Vertreter der anerkannten Kirchen fürchten jedoch anderes. «Die Nein-Kampagne wird Schäden zurücklassen», meint Kirchenratspräsident Ruedi Reich von der evangelisch-reformierten Landeskirche. René Zihlmann, Präsident der römisch-katholischen Zentralkommission, ergänzte, die Kirchen hätten der Angst vor dem Islam, die von den Gegnern geschürt wurde, nichts entgegensetzen können.

Juden und Muslime sehr enttäuscht

Für Harry Berg, Präsident der Israelitischen Cultusgemeinde Zürich, war es «bedenklich», wie in Inseraten hemmungslos Unwahrheiten behauptet worden seien. «In Zeiten, in denen alles Fremde suspekt wirkt, ist das verheerend.» Andererseits hätten die Juden im

Abstimmungskampf grosses Vertrauen gespürt. Im Kanton Zürich habe man denn auch eine De-facto-Anerkennung, indem die jüdische Gemeinschaft bei vielen Anlässen mitmache.

Skeptischer äusserte sich Nicole Poell, die Präsidentin der Jüdischen Liberalen Gemeinde. «Wenn ich daran denke, wie die Nein-Kampagne ausgesehen hätte, wenn die Juden die drittgrösste Religionsgemeinschaft im Kanton wären, bin ich sehr beunruhigt. Man brauchte einen Prügelnaben, und in der Regel sind wir das.»

Für Taner Hatipoglu von der Vereinigung Islamischer Organisationen wurde die Chance vertan, in der Bevölkerung Akzeptanz und Toleranz für Minderheiten zu schaffen. Dass der ganze Abstimmungskampf auf die Muslime bezogen wurde, hinterlasse einen «fahlen Beigeschmack». Es gelte nun, auch die Muslime zu sensibilisieren, damit nicht auch auf dieser Seite die Integrationsbemühungen leiden würden.